

Inhalt

Knotenpunkte der populistischen, postfaktischen und digitalen Transformation (post-)demokratischer Öffentlichkeiten. Zur Einleitung	7
<i>Sabrina Schenk</i>	
Das Öffentliche als politisch-pädagogischer Zwischenraum	39
<i>Alfred Schäfer</i>	
„Selbst der dümmste, durch die Bildungsinflation an die Universität geschwemmte Student könnte das“. Zur Pädagogisierung und Politisierung der Universität in rechtspopulistischen Online-Medien	55
<i>Anke Engemann & Christiane Thompson</i>	
Die Emotionalität des Ausdrucks. Empörung – und der Streit um Urteile, Gründe und legitime Positionen des Sprechens	79
<i>Ralf Mayer & Julia Sperschneider</i>	
Populismus, Emotionalisierung und die Tugend der Kritik	103
<i>Britta Hoffarth</i>	
Populistische Protestartikulation und intellektuelle Reaktionen. Zum Zusammenhang von postfaktischer Politik, Expertokratie und positivistischer Wissenschaft	123
<i>Tino Heim</i>	
Medienbildung und der digitale Faschismus. Normative Anfragen an medienpädagogische Kernkonzepte	149
<i>Valentin Dander</i>	
Programmierter Protest? Ausdrucksformen des Widerstands im digitalen Zeitalter	175
<i>Juliane Ahlborn & Dan Verständig</i>	
Algorithmische Sozialtechnologien als neue Bildungsherausforderungen. Eine systemtheoretische Betrachtung zu Big Data Analytics und Social Scoring	201
<i>Harald Gapski</i>	
Zum Verhältnis von Daten, Agency und Selbst: Schokolade ist sehr viel mehr als Schokolade	225
<i>Estella Ferraro</i>	
Autor:innen	243

Knotenpunkte der populistischen, postfaktischen und digitalen Transformation (post-)demokratischer Öffentlichkeiten. Zur Einleitung

Sabrina Schenk

Schaut man auf die Themenkonjunkturen des letzten Jahrzehnts, muss man zu dem Schluss kommen, dass die Demokratie als realpolitisches Projekt in keinem guten Zustand ist. Politikverdrossenheit, Post-Politik, Post-Demokratie, Postfaktizität, (Rechts-)Populismus, Verschwörungstheorien, Fake News, Hate Speech, fragmentierte Öffentlichkeiten, Filterblasen, Echokammern – das sind nur einige der Schlagworte, an denen sich zum einen das zeitdiagnostische Gespür der Bundeszentrale für politische Bildung ablesen lässt, die den meisten dieser Schlagworte eine Ausgabe der „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) gewidmet hat. In diesen Schlagworten bündeln sich zum anderen die Problembeschreibungen und Ursachenanalysen demokratierelevanter Transformationen nicht nur in einer geballten Ladung von Publikationen der letzten Jahre, sondern auch im Schnittfeld von erziehungs-, medien- und kommunikations- wie politikwissenschaftlichen und soziologischen Fachdiskursen. Diese Problembeschreibungen lassen sich auf drei Ebenen ansiedeln, die miteinander verschränkt sind, und deren Überschneidungsbereiche das Thema der im vorliegenden Band versammelten Beiträge ist.

Erstens deuten sich Legitimitätsprobleme der demokratischen Beteiligung an: In der öffentlichen Berichterstattung, auf unterschiedlichen politischen Ebenen, aber auch im fachwissenschaftlichen Diskurs wird vor der Gefährdung der Demokratie durch den wachsenden Populismus gewarnt. Der ignorante Umgang mit Fakten, die mangelnde Wahrheitsorientierung wie auch, dass neue Akteure (einzelne politische Meinungsführende, rechtspopulistische bis -extreme Parteien oder soziale Protest-/Bewegungen verschiedenster Couleur) repräsentative Positionen (z. B. die ‚Stimme des Volkes‘) beanspruchen, sind basale Kritikpunkte am populistischen Spektrum. Die Demokratie scheint vor allem deshalb in die Krise geraten zu sein, weil sich die falschen (illegitimen) Akteure auf falsche (demagogische, manipulative) Weise beteiligen und dabei hegemonial zu werden drohen – mit irreparablen Schaden für die politische Kultur wie für die demokratischen Institutionen.

Zweitens scheint die rationale Form der Beteiligung an politischem Austausch und Meinungsbildung – kurz: Deliberation – in Frage gestellt: Eine neue ‚Gefühlspolitik‘ scheint Einzug gehalten zu haben, die durch kalkulierten Affekteinsatz und die Zurechnung von politischen Problemen auf einzelne Ursachen oder personalisierte Urheber:innen kollektive Mobilisierungen erzeugen kann.

Rhetorische Angriffe der politisch Mobilisierenden wie auch der empörten Massen werden dabei als Grenzverletzungen bzw. Überschreitungen der politisch legitimen Artikulation wahrgenommen, wenn bspw. rechtsstaatliche Institutionen diskreditiert und in Zweifel gezogen oder verbale und physische Angriffe auf politisch Tätige und Medienschaffende ausgeübt werden. In solchen Angriffen äußert sich eine fundamentale Systemkritik, die sich jedem rationalen und deliberativen Diskurs – und damit den Voraussetzungen zur Konsensbildung – schlicht entzieht.

Drittens entsteht mit den digitalen Öffentlichkeiten eine neue Unordnung: Die Grenzen zwischen dem, was sagbar/nicht sagbar, moralisch richtig/falsch oder wahr/unwahr ist, verwischen in diesem Medium auf irreversible Weise. Dafür stehen die rasche Verbreitung von Fake News und Deep Fakes oder von Verschwörungstheorien, die über ihre affektiven Qualitäten in ungeahnter Geschwindigkeit und globaler Reichweite unkontrollierbare Mobilisierungen erreichen können – und zwar auch außerhalb des digitalen Raums. Den aufgeführten politischen Effekten wird also noch Vorschub geleistet durch die (aufmerksamkeits-)ökonomische Logik dieser neuen Medien, auf der inzwischen auch ein ganzer Wirtschaftszweig des Daten-Handels aufbaut. Die demokratische Öffentlichkeit scheint daher Ziel, Medium und Austragungsort der als demokratiegefährdend wahrgenommenen Tendenzen zu sein.

Diese Problemstellungen bilden den Kontext, in dem sich die Beiträge des vorliegenden Bandes verorten und thematisch in einen Zusammenhang bringen lassen, und aus dem sie jeweils unterschiedliche Aspekte vertiefend aufnehmen und verfolgen. Das Anliegen des Bandes ist es zum einen, Debatten miteinander zu verschränken und in einen gemeinsamen systematischen Horizont zu stellen, die in den letzten Jahren von unterschiedlichen Begriffskonjunkturen getragen worden sind. Zum anderen sollen diese Debatten aus (teil)disziplinübergreifenden Perspektiven im Schnittfeld von Allgemeiner Erziehungswissenschaft, Medienpädagogik und Soziologie aufeinander bezogen werden. Für die Erziehungswissenschaft relevant ist die zur „Transformation der demokratischen Öffentlichkeiten“ verdichtete Diagnose insofern, als sich bspw. mit den beobachteten Protest- und Populismus-Phänomenen auch pädagogische bzw. erziehungswissenschaftliche Problemstellungen verbinden: Einerseits wird ihnen häufig mit einem Ruf nach Aufklärung begegnet, andererseits ruft der Aufklärungsanspruch, den solche Positionen wiederum für sich selbst in Anspruch nehmen, auch Fragen nach der Legitimität von zivilgesellschaftlicher Kritik an politischer Repräsentation oder von (wissenschaftlicher) Wahrheits- und Wissensproduktion als solcher auf. Insofern Soziale Medien besonders geeignete Trägermedien dieser Phänomene zu sein scheinen, stehen ihre Nutzungseffekte demnach außerdem in einem spannungsreichen Verhältnis zu den Aufträgen der politischen oder Medienbildung.

Die angesprochenen Transformationen sind geeignet, die pädagogische Orientierung am Auftrag zur Demokratie-Bildung, zur politischen Partizipation, zur

rationalen Urteilsbildung und Diskursfähigkeit an ihre Grenzen zu bringen, und stellen deshalb fundamentale Herausforderungen für die Erziehungswissenschaft dar. Die nachfolgenden Ausführungen beabsichtigen, wichtige Bezugspunkte dieser Debatten detaillierter aufzuschlüsseln und weiterzuführen, um sie im Lichte der aktuell noch anhaltenden Verständigungen über die Transformation der demokratischen Öffentlichkeiten zu erschließen und eine orientierende Rahmung für die in den Beiträgen vertieften Themen und Aspekte anzubieten. Da jedoch die inzwischen zu diesem breiten Themenspektrum verfügbare Literatur im vorliegenden Rahmen kaum bearbeitbar ist, wird vor allem in exemplarischer Absicht und anhand ausgewählter Beiträge darzustellen sein, welche kategorialen Problemgehalte sich mit den für die Gefährdungs- bzw. Krisendiagnosen genutzten Begriffe verbinden und wie sie systematisch ineinandergreifen und sich zeitlich überlagern oder ablösen. In diesen systematischen Knotenpunkten reduziert sich die Komplexität der auf unterschiedlichen Ebenen mit ihnen verbundenen Debatten sowie ihren Vorgeschichten und ihrem Nachleben auf verdichtete Problemkonstellationen.

Am Beginn stehen mit den Begriffen der „Postpolitik“ und „Postdemokratie“ zunächst zwei nach wie vor aktuelle Schlüsselbegriffe für die Zustandsbeschreibung und Kritik an demokratischen (Fehl-)Entwicklungen. Diese Konzepte liefern Anhaltspunkte dafür, dass die als ‚demokratiegefährdend‘ wahrgenommenen Phänomene eng verbunden sind mit den (unlösbaren) Problemen des Modells der liberalen Demokratie (1.). Die zentrale Bedeutung des Vernunft-Motivs in der Gründungsgeschichte der liberalen Theoriebildung trägt sich jedoch noch in das Modell deliberativer demokratischer Öffentlichkeit ein, das diesem die Funktion der Rationalisierung von Diskursen zuweist (2.). Nachzeichnen lässt sich der daraus entstehende Konflikt zwischen Vernunft und Gefühl insbesondere am politischen Motiv der Empörung auch für den mit Demokratiebildung beauftragten pädagogischen Bereich der politischen Bildung (3.). Während der Empörung dort durchaus noch produktive Momente zugestanden werden, scheint sich dies in Bezug auf die politische Öffentlichkeit zu verkehren: Am Beispiel des Populismus wird die Ambivalenz der Gefühle besonders deutlich (4.). Vollends herausgefordert wird die liberale Demokratie, wo „postfaktische Politik“ ihre Wahrheits- und Tatsachenorientierung und damit ihr rationales Fundament in Frage stellt. Dieser Herausforderung verleihen die affektiven ökonomischen Logiken der digitalen Öffentlichkeiten weiteren Nachdruck, so dass es unumgänglich wird, die bisherigen Grundlagen des Verständnisses von demokratischer Öffentlichkeit einer grundsätzlichen Reflexion zu unterziehen (5.). Abschließend werden die unterschiedlichen Schwerpunkte der Beiträge des Bandes nachgezeichnet (6.).

1 Postpolitik und Postdemokratie als Problemdiagnosen der liberalen Demokratie

Um das aktuelle demokratische Stimmungsbild aus der Bevölkerung einzufangen, genügt vielleicht ein Blick in die Monatsberichte des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Die Schlagworte für das bei Abfassung dieses Textes noch laufende Jahr 2023 lauten hier bspw.: „Protest und die Sorge vor Einwanderung“, „Diffuse Ängste“, „Debatten am Bürger vorbei“, „Lost in Transformation“, „Sparen – aber wie?“, „Wachsendes Unbehagen“, „Verunsicherung und Friedenssehnsucht“ und „Staatliche Leistungsschwäche“.¹ Man kann aus diesen Schlagworten bereits einige Themen rekonstruieren, die in der politikwissenschaftlichen Debatte als Hintergründe und Ursachen für diese durchaus demokratierelevanten Wahrnehmungen der Bürger:innen diskutiert werden. In einem vor etwa einer Dekade erschienenen Sammelband zum Zustand, den Herausforderungen und Perspektiven der Demokratie werden „in der gegenwärtigen Vertrauenskrise der Demokratie“ (Krell/Meyer/Mörschel 2012: 17) einleitend folgende Problemstellungen der Demokratie als zentral angegeben: Entpolitisierung, Entgrenzung, Ungleichheit, die Grenzen repräsentativer Demokratie und der Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien (ebd.: 13–16). Zum Stichwort der „Entpolitisierung“ – das auch die Erziehungswissenschaft in ihrer Beschäftigung mit globalen Funktionseleiten im Bildungssystem sowie mit dessen datengetriebener Steuerung umgetrieben hat (vgl. die Beiträge in DGfE 2015) – wird von den Autoren im Band unter anderem das Phänomen der „Postpolitik“ gezählt. Als *postpolitische* Positionen hatte prominent Chantal Mouffe (2007) die Positionen der Soziologen Ulrich Beck und Anthony Giddens kritisiert. Sie hätten ihre modernitätstheoretischen, konsensorientierten Perspektiven auf der These des modernen Übergangs hin zu einer ‚posttraditionalen‘ Gesellschaft gegründet, aus der die Schlussfolgerung zu ziehen sei, „das um kollektive Identitäten kreisende Politikmodell sei dank des erstarkten Individualismus hoffnungslos überholt und müsse verabschiedet werden“ (ebd.: 48). Damit seien die Klassenkampf-Theorie und auch der Gegensatz von ‚links‘ und ‚rechts‘ veraltet und unbrauchbar. Demgegenüber zeige jedoch das Erstarken des Rechtspopulismus in etlichen europäischen Ländern, dass starke Wir-Sie-Unterscheidungen durchaus nach wie vor eine erhebliche Bindungskraft entfalten könnten, die von der Bevölkerung als Alternative zum unbefriedigenden Status Quo der ununterscheidbaren Positionen der ‚Mitte‘ wahrgenommen würden.

Die postpolitische Position führt nach Mouffe insofern zur Entpolitisierung, als sie die antagonistische Dimension des Politischen negiert, und steht damit in einem engen Zusammenhang mit einem weiteren Begriff, den Mouffe von Rancière aufnimmt (vgl. ebd.: 41) und der in der Einleitung des Sammelbandes nicht fällt, wohl aber die Beiträge des angeführten Bandes durchzieht: dem

1 <https://www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/faz-monatsberichte.html> [Zugriff: 01.09.2023].

Entstehen eines *postdemokratischen* Zustandes, der „einen Legitimationsverlust der demokratischen Institutionen“ (ebd.: 85) beschreibt. Mit diesem Schlagwort hat auch die ältere Diskussion um *Politikverdrossenheit* seit den 1990er Jahren eine neue gesellschaftstheoretische Deutung erfahren, mit der u. a. eine sinkende Wahlbeteiligung, das „abnehmende Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen“ (Hoffmann-Lange 2001: 14) und „negative Einstellungen gegenüber ‚der Politik‘ und insbesondere gegenüber den Parteien als Anzeichen für eine abnehmende Legitimität der Demokratie betrachtet“ (ebd.: 12) wurden. Colin Crouch (2008) hatte auf dieser Basis mit dem Begriff der „Postdemokratie“ die Paradoxie beschrieben, dass der Verlust von Legitimation und Handlungsfähigkeit von Politiker:innen formal gesehen mit der historischen und globalen Erfolgsbilanz der Demokratie eng verbunden sei. Er schreibt diese Entwicklung auch einem Modell *liberaler Demokratie* zu, in dem „die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation der Massen, große Spielräume für Lobbyisten – wobei darunter vor allem die Lobbys der Wirtschaft verstanden werden – und eine Form der Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet“ (ebd.: 10), verstanden werden.² Der starke Einfluss von (vor allem ökonomischen) Eliten auf das politische Geschehen konfrontiere Politiker:innen wie Bevölkerung „mit der eigenen Ohnmacht“ (ebd.: 13). Dass sich breite (und insbesondere ökonomisch schwache) Bevölkerungsanteile politisch desinteressiert zeigten und ihre Wahlbeteiligung nachlasse, unterhöhle das *egalitäre Grundprinzip der Demokratie*. Crouchs Vorschläge zur Revitalisierung der Demokratie gehen in eine ähnliche Richtung wie die Mouffes (2011: 5), nämlich den postpolitischen „Dritten Weg“ einer „Politik ‚jenseits von links und rechts‘“ (Crouch 2008: 152) umzukehren und die Bildung kollektiver Identitäten durch (kapitalismuskritische) „mobilisierungstaugliche[] Themen“ (ebd.: 150) gerade zu stärken, da ansonsten „extreme Rechte die Initiative bei der Artikulation neuer Anliegen“ (ebd.: 151) übernehmen.

Die weiteren Problemdiagnosen bei Krell, Meyer und Mörschel (2012: 13f.) sind im Wesentlichen Teil dieser beiden Analysen. So fällt unter „Entgrenzung“ der globale Horizont von Mouffes Postpolitik- und Crouchs Postdemokratie-Analyse in der Einsicht, dass die politische Regulierung bspw. von Finanzmärkten auf nationalstaatlicher Ebene an ihre Grenzen kommt. Auch der Abschnitt zur „Ungleichheit“ (ebd.: 14) bestätigt das Egalitätsprinzip der Demokratie als fundamental, an dem Crouch ansetzt, und diskutiert vor diesem Hintergrund des diskreditierten demokratischen Versprechens der sozialen Gerechtigkeit die gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen: Angesichts von „kapitalkräftige[n] und durchsetzungsfähige[n] Lobbystrukturen, die an Einfluss gewinnen“ (ebd.), wird die schwindende Beteiligung und Mitwirkung gerade der unteren Bildungs- und Einkommensschichten an zivilgesellschaftlichen Strukturen zum

2 An diesem grundlegenden Zusammenhang scheint Crouch auch in der Neuauflage „Postdemokratie revisited“ von 2021 festzuhalten (vgl. Bein 2022).

Egalitätsproblem. Mit den „Grenzen repräsentativer Demokratie“ (ebd.: 14f.) ist der postdemokratische Legitimationsverlust „bestehender Verfahren, Institutionen, Ergebnisse und nicht zuletzt der Vertreter der repräsentativen Demokratie“ (ebd.: 15) angesprochen, der sich auch im letzten Punkt, dem „Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien“ (ebd.) widerspiegelt, mit dem wiederum eine „sozialstrukturelle Verengung“ (ebd.) der potenziellen Repräsentant:innen des Volkes auf höhere Bildungs- und Einkommenschichten einhergeht.

Diese Bestandsaufnahmen der Probleme der Demokratie laufen demnach auf einen Legitimitätsverlust von Politiker:innen, Parteien und anderen demokratischen Institutionen zu, der sich zum einen dem Verlust von Unterscheidbarkeit politischer Positionen und folglich ihrer Bindungskraft verdankt (Mouffe), zum anderen dem Verlust von politischer Handlungsfähigkeit durch deren Übertragung an ökonomische Eliten (Crouch). Der Rückzug breiter Bevölkerungsteile (insbesondere aus den unteren Einkommens- und Bildungsschichten) aus demokratischen Teilnehmungsformaten gefährdet den egalitären Anspruch auf demokratische Partizipation; gleichzeitig werden die Demokratie und ihre Institutionen durch den Aufstieg rechtspopulistischer bis -extremer Bewegungen in Frage gestellt. In ihren wichtigen Beiträgen zur Analyse des Zustands der Demokratie sind die systematischen Argumente Mouffes und die stärker empirisch akzentuierten Hinweise Crouchs nach wie vor aktuell. Dabei bleiben beide vor allem auf die Strukturlogik des politischen Prozesses und die Dynamik des Politischen fokussiert und sehen ihre kritischen Analysen auch selbst als politisch handlungsleitende Einsätze. Dafür greifen sie auf ein normatives Modell von Demokratie zurück.

Unter Bezugnahme auf einen aufschlussreichen Beitrag des Literaturwissenschaftlers Albrecht Koschorke lässt sich auf die historische Kontingenz solcher normativen Modelle hinweisen, so dass die von Mouffe und Crouch als historische politische Entscheidungen rekonstruierten Probleme der *liberalen Demokratie* deutlicher auch als konzeptionelle Probleme der Vermittlung und der Repräsentation in Erscheinung treten können. Bei Koschorke rühren sie von ihrem historischen Entstehungszusammenhang aus dem Denken der Aufklärung her.³ Er zeigt zunächst, dass Liberalismus und Demokratie durchaus nicht konfliktfrei verbunden sind, insofern das liberale Programm und -versprechen der individuellen Freiheit mit der demokratischen Voraussetzung der Gleichheit vermittelt werden musste. Um es in einem nationalstaatlichen Rahmen zu etablieren, war es deshalb auf „überparteiliche Institutionen mit schiedsrichterlicher und Sanktionsgewalt“ (Koschorke 2020: 56) angewiesen. Diese sollten die jeweiligen Partikularinteressen durch „eine Logik der Norm, der Verpflichtung auf das öffentliche Interesse und die Allgemeinheit“ (ebd.) ausgleichen können. Die Vernunft, der Rechtsstaat und die Verfassung geben im historischen Wandel

3 Den Hinweis auf diesen Text und die kritische Kommentierung einer ersten Fassung dieser Einleitung verdanke ich Alfred Schäfer.

die Referenzpunkte für diese als neutral verstandene „autoritative Instanz eines ‚großen Dritten‘“ ab, wobei der Vernunftvorbehalt wie ein „Wasserzeichen [...] noch durch heutige Beschwörungen der verfassungsgemäßen Ordnung“ (ebd.) durchschimmere.

Vernunft und Volksherrschaft wiederum sollten durch *Repräsentation* miteinander vermittelt werden, die „sowohl auf Seiten der Repräsentierten als auch der Repräsentanten Barrieren gegen eine aus liberaler Sicht falsch verstandene und infolgedessen fatale Selbstregierung des Volkes errichten“ sollte (ebd.: 57). Die Repräsentanten des Volkes waren in diesem Sinne „Treuhänder des Allgemeinwohls“ (ebd.: 59), das nun wiederum nicht aus dem unbeständigen und manipulierbaren Willen des Volkes abgeleitet werden sollte, sondern aus vernunftbegründeten, weitsichtigen und objektiven Entscheidungen. Historisch wurden diese Positionen durch bereits mit Amtswürden versehene Männer aus dem gebildeten Bürgertum ausgefüllt,⁴ aber Koschorke führt auch ein systematisches Argument dafür an: Mit dem „evolutionistischen Grundschemata der frühliberalen Staatslehre, die eine volle staatsbürgerliche Partizipation für alle zwar in Aussicht stellt, aber vorläufig aussetzt, solange die Bildungsvoraussetzungen [...] dafür noch nicht gegeben sind“ (ebd.: 58), bot sich auch eine in den liberalen Gründungsschriften zu findende Legitimation für die Umsetzung der Volksherrschaft durch gebildete Repräsentanten. Auch dieses Argument weist wiederum eine historische Herkunft auf, insofern seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Fortschrittshoffnungen der Aufklärung gründen, die auf die Erziehung der Einzelnen ausgerichtet waren und denen auch der Bildungsgedanke seine besondere Dignität (bis heute) verdankt. Auf diese spezifische historisch-systematische Konstellation in der Entstehungsgeschichte von Liberalismus- wie Demokratie-Theorien führt Koschorke (2020: 58, Herv. i. O.) zu einem den „Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit“ und zum anderen die „Diskrepanz zwischen *Mehrheitswillen* und *Vernunftgemäßheit* politischer Entscheidungen“ als „grundsätzliche, letztlich unlösbare Dauerprobleme demokratischer Staatsverfassungen“ zurück.

Sie werden nachfolgend vor allem als Widersprüche der Repräsentation noch einmal Bedeutung für die Diskussion des Populismus erlangen: als Hinweis darauf, dass Populismus konzeptionell in der liberalen Demokratie verankert und keine ihr äußerliche Erscheinung ist. Das soll kurz erläutert werden: Das Prinzip der Repräsentation fordert als solche (d. h. prinzipiell) das egalitäre Prinzip der Demokratie heraus, zumal dann, wenn Repräsentation durch ihre historisch vermittelte Vernunftbindung spezifische Ausschlüsse mit sich bringt. So liegt die Bedeutung der ‚autoritativen Instanz‘ der Vernunft darin, dass sie mit Koschorke zum einen das Repräsentationsprinzip mit einem pädagogischen Impuls der „erzieherischen Vormundschaft der Wenigen gegenüber den Vielen“ (ebd.: 58) verknüpft und damit die „Differenz zwischen Mündigen und Unmündigen“ bzw.

4 Auf die demokratierelevante historische Konstitution von Öffentlichkeit als einer männlichen Sphäre gehen Sauer und Wöhl (2012) ein.

„zwischen den Gebildeten und der Masse des Volkes“ (ebd.: 57) zementiert. Dieser pädagogisch konnotierte Effekt der Vernunftbindung der Repräsentation findet seinen Niederschlag in der Frage der Umsetzung der Selbstregierung des Volkes – dessen demokratischer *Partizipation* –, so dass Repräsentation und Partizipation als zwei sich gegenüberstehende Ideale von Demokratie gelten können (vgl. ebd.: 71). Denn auch wenn Demokratie als prinzipiell egalistisch bestimmt wird und daher auf dem Grundpfeiler der Partizipation der Staatsbürger:innen aufruhrt, wie Merkel und Petring (2012: 94) erläutern, bleiben aus diesem Grund – zum ‚Schutz‘ der Demokratie vor der potenziellen Irrationalität der am politischen Prozess Beteiligten – „Umfang und Formen demokratischer Beteiligung“ umstritten. Politische Partizipation wird deshalb zunächst und vor allem als durch Wahlen ermöglichte Repräsentation von Interessen definiert, die in einigen demokratietheoretischen Konzepten letztlich auf ein „elitäres Politikverständnis“ (ebd.: 95) hinausliefen. Wie tief verankert darin das rationalistische Prinzip historisch war, führen die Autoren am viel rezipierten Beispiel Schumpeters aus (und selbstverständlich gab es auch am anderen Ende des Kontinuums angesiedelte Positionen):

„Dem politischen Urteilsvermögen der Wähler misstraute der österreichische Ökonom und Demokratietheoretiker zutiefst. Der einfache Bürger, so sein vernichtendes Verdikt, fällt ‚auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig‘. Schumpeters Ratschlag ist eindeutig: Die Partizipation der Bürger muss auf Wahlen beschränkt werden, um Politik effektiv und rational gestalten zu können.“ (Merkel/Petring 2012: 94)

Dieses hier in der politischen Theorie verankerte elitäre Mißtrauen gegenüber der Fähigkeit des Volkes zur rationalen politischen Urteilsbildung wird uns im Abschnitt zum Populismus noch einmal in einer spiegelverkehrten Abwehrreaktion gegenüber den ‚Eliten‘ begegnen. Die Einschränkung der politischen Partizipation des Volkes wird hier also vor allem mit Verweis auf die Norm der Rationalität begründet. Aber in liberalen Demokratietheorien wird auch deutlich, dass die konstitutive Rolle der Rationalität für die *deliberative Demokratie* und ihre Öffentlichkeit eine Abwehr affektiver Momente beinhaltet. Fleiner und Schaal (2012: 183) postulieren deshalb: „Die liberale Demokratietheorie generiert aus der Angst vor den Emotionen und Leidenschaften das institutionentheoretische Projekt der Einhegung des Emotionalen.“ Dass der klassische Liberalismus den Staat brauche, „um das Volk in Schranken zu halten“, und staatliche Institutionen ihm als a-politische, vermittelnde Instanzen und als Garant einer „vernunftgemäßen Ausrichtung der Politik“ gelten, betont auch Koschorke (2020: 58).

Das große Gewicht des rationalen Moments begründet demnach noch die von Koschorke angeführte, im Prinzip der Repräsentation historisch angelegte Rollenzuweisung der Vormundschaft der wenigen mündigen Gebildeten über die vielen Unmündigen der Masse des Volkes – die sich wiederum im hohen Stellenwert der demokratischen Partizipation des Volkes durch Wahlen ausdrückt, die den egalitären Anspruch der Demokratie wahren sollen. Bedeutend ist das Rationalitätsmoment deshalb auch für die Konzeption der deliberativen Öffentlichkeit geworden, und es wirkt noch in der besonderen öffentlichen Rolle der Intellektuellen und ihrer Selbstwahrnehmung fort, wie nachfolgend zu zeigen sein wird.

2 Das aufklärerische Rationalitätsmoment der deliberativen Demokratie und ihre Öffentlichkeit

Populismus war im Vorhergehenden mit Mouffe und Crouch zum einen als Ergebnis historischer politischer Prozesse beschrieben worden und mit Koschorke zum anderen konzeptionell im Widerspruch aus egalitärem demokratischem Prinzip und liberalem Repräsentationsprinzip verankert worden. Damit werden die erstarkenden (rechts-)populistischen Tendenzen der Gegenwart auch den Widersprüchen im Modell der liberalen Demokratie selbst zugerechnet.

Solche strukturlogischen Gedanken stellen häufig die Grenze der analytischen Absichten von theoretischen Reflexionen über (Rechts-)Populismus dar – die normative Kraft des liberalen Demokratieverständnisses scheint hier gleichzeitig auch zu handlungstheoretischen Verständigungen aufzurufen und (mit Koschorke gedeutet) die (pädagogische) Rolle der Intellektuellen zu reaktivieren. Dass Demokratiegefährdungs- und Krisenwahrnehmungen häufig einen Appell entfalten, der die intellektuellen Herausforderungen der analysierten Sachverhalte nicht nur als theoretische, sondern auch als handlungsleitende Verständigungserfordernisse erscheinen lässt, kann vor dem Hintergrund der mit Koschorke rekonstruierten Sozial- und Ideengeschichte der liberalen Staatstheorie also als genuiner Teil eines liberalen Selbstverständnisses gelesen werden. In den politikwissenschaftlichen und -soziologischen Beiträgen des erwähnten Bandes zum Zustand der Demokratie (vgl. Mörschel/Krell 2012) zeigt sich dies zum einen in expliziten Handlungsempfehlungen an zumeist diffus bleibende Akteure vor allem im Politik-, Medien- oder Bildungs-System – wie bspw. in den zehn Punkten der theseartigen Empfehlungen im Beitrag von Sarcinelli (2012: 309–312) oder in den als „Gegengifte“ eingeführten vier konkreten Reform-Vorschlägen von Merkel und Petring (2012: 110–118), die bis hin zu einer Wahlpflicht reichen. Zum anderen spiegelt sich dieses handlungsleitende Interesse in programmatisch auf die Reflexion von politischen Instrumenten angelegten Beiträgen (wie bspw. der Frage „Welche Art der direkten Demokratie brauchen wir?“ von Decker 2012). In politikdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Publikationen zeigt sich diese Orientierung zumeist in stärker

individualisierenden Perspektiven auf dem Feld der politischen und Medien-Bildung/Kompetenz, die sich bspw. auf die (Bewusstseins-)Bildung oder aufklärende Information der Einzelnen richten. So transferiert bspw. der Beitrag von Friedrichs und Lange (2012: 68) systematisch Konzepte aus der politischen Philosophie auf die Ebene der „Artikulation von Bürgerbewusstsein“, das als Ausdruck einer über Sinnbilder vermittelten, kollektiven Diskurs-Praxis gelten soll.⁵ Daher finden sich in Diskursen über den Zustand und die Veränderung der Demokratie häufig auch handlungsorientierte Perspektiven, die die Politiker:innen und Medienschaffenden mit besseren Instrumenten und Strategien und die Bürger:innen mit besseren Chancen auf Beteiligung, Information, Urteilskompetenz oder Entscheidungsfindung versorgt sehen wollen.

Diese Perspektiven verweisen letztlich auch auf die mit Demokratie verbundene Vorstellung von kognitiv-intellektueller *Rationalität* und auf das leitende Bemühen um die Rationalisierung der öffentlichen Diskurse. Rationalität gehört für Schaal, Fleuß und Dumm (2017: 36) insofern zur „DNA liberaler Demokratien“, die Koschorkes Analyse damit prinzipiell zustimmen, am Repräsentationsprinzip aber vor allem dessen vernunftgebundenes Moment hervorheben: „Das große historische Versprechen des liberalen Konstitutionalismus war die Eindämmung von politischer Willkür durch die kommunikative Rationalisierung demokratischer Macht und Herrschaft.“ Wie Schaal und Heidenreich (2013) idealtypisch deutlich machen, ist dabei der (von Habermas paradigmatisch ausgearbeitete und) von den westlichen Demokratien bevorzugte Kompromiss der *deliberativen Demokratie* deshalb dem Liberalismus stärker verpflichtet als dem Republikanismus, insofern auch die öffentliche politische Kommunikation hier an ein rationalistisches Diskurskonzept gebunden wird:

„Der rationale Diskurs als ideale Form des kommunikativen Austauschs stellt dabei aus theoriearchitektonischer Perspektive den entscheidenden Filtermechanismus für Emotionen dar. Denn die rationalisierende Wirkung von Diskursen beruht darauf, dass Begründungen für Argumente vorgetragen werden, die individuelle Erfahrung und Betroffenheit transzendieren und auf Generalisierung zielen.“ (ebd.: 7)

5 Auch im vorliegenden Band lassen sich solche doppelten intellektuellen Bewegungen in Richtung einer theoretischen und handlungsleitenden Analyse beobachten. Die Provokation einer strategischen Politisierung wissenschaftlicher Positionen und Forschungsergebnisse durch rechtsextreme Akteure wird von *Tino Heim* (in diesem Band) deshalb nicht nur rekonstruiert, sondern auch mit einem erkenntnispolitischen Plädoyer zur wissenschaftlichen und intellektuellen Intervention beantwortet. Auch *Valentin Dander* (in diesem Band) stellt seinen Nachvollzug der zutage tretenden Medienkompetenz von digitalfaschistischen Initiativen bei der Schaffung von und Platznahme in (jugendlichen) Medienwelten unter den Anspruch, die ethisch-normative Dimension in Konzepten der Medienkompetenz und -bildung expliziter herauszuarbeiten. Der Beitrag von *Harald Gapski* (in diesem Band) versammelt unterschiedliche Hinsichten für konstruktives Weiterdenken in Reaktion auf die sich abzeichnende Tendenz, mit der sich Gesellschaft unter dem Eindruck digitaltechnologischer Durchdringung und Vernetzung zu einer kybernetischen ‚Sozialmaschine‘ umzugestalten scheint.